

ORF-Krise: Wütender Streit um Unabhängigkeit und Reformbedarf!

Die FPÖ plant eine Reform des ORF und fordert die Abschaffung des ORF-Beitrags, was auf breiten Widerstand innerhalb des Senders stößt.

Krone, Österreich - Ein medienpolitisches Erdbeben erschüttert Österreich! Der Verfassungsgerichtshof hat kürzlich Teile des ORF-Gesetzes aufgehoben, was die Konstruktion der entscheidenden Gremien, nämlich des Stiftungsrats und des Publikumsrats, betrifft. Diese Entscheidung signalisiert erhebliche Herausforderungen für die türkis-grüne Bundesregierung, die nun bis 31. März 2025 Zeit hat, die rechtlichen Rahmenbedingungen neu zu gestalten. Dabei stellte der VfGH fest, dass die gegenwärtige Zusammensetzung dieser Gremien die Unabhängigkeit des ORF gefährdet und der Einfluss der Bundesregierung zu groß ist, während die Vertreter der Öffentlichkeit unterrepräsentiert sind. Die Grünen fordern jetzt umgehende Reformmaßnahmen, um die politische Unabhängigkeit des ORF zu gewährleisten, wie die Mediensprecherin Eva Blimlinger hervorhob.

Parallel dazu erhebt sich der Widerstand gegen die Pläne der FPÖ, den ORF-Beitrag abzuschaffen und den Rundfunk aus dem Bundesbudget zu finanzieren. Renommiertere ORF-Journalisten weisen auf die Gefahren solcher Maßnahmen hin, die die finanzielle Unabhängigkeit des ORF gefährden würden, auch wenn FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker das Ganze als „herbeifantasiertes Horrormärchen“ abtut. Der Rückhalt für diese Reformpläne bei den ORF-Granden ist unübersehbar, und der Aufruf zur Wahrung der Unabhängigkeit wird von

prominenten Medienvertretern wie Barbara Coudenhove-Kalergi und Fritz Ortner unterstützt. Die Sorge ist groß, dass durch die politischen Eingriffe die essenzielle Distanz zur Parteipolitik verloren gehen könnte.

Die politische Stimmung schlägt um

Mit der Entscheidung des VfGH und der gleichzeitigen politischen Diskussion um den ORF stehen die Zeichen auf Sturm. Der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Droschitz betont, dass der VfGH „einen klaren Auftrag zur Entparteilichung des ORF“ erteilt hat, und appelliert an die Politik, die Unabhängigkeit des Rundfunks gemäß der Verfassung zu sichern. Die FPÖ sieht nun die Notwendigkeit einer umfassenden Reform in Richtung eines schlankeren „Grundfunks“, während die Neos mit Nachdruck ein Ende der parteipolitischen Einmischung in die ORF-Geschäfte fordern.

In dieser kritischen Situation wird ein neues ORF-Gesetz erwartet, dessen Inhalt und Richtung entscheidend für die Medienlandschaft in Österreich sein könnten. Die kommenden Monate stehen unter dem Druck, sowohl die Gremien straffer zu organisieren als auch die Finanzierung nachhaltig zu regeln. Es bleibt abzuwarten, welche politischen Entscheidungen getroffen werden, um das Gleichgewicht zwischen Unabhängigkeit und staatlicher Einflussnahme zu wahren, nachdem die aktuellen rechtlichen Zweifel in den Fokus gerückt wurden, wie **kleinezeitung.at** erklärt. Die Entwicklungen und die Reaktionen werden aufmerksam verfolgt.

Die Dynamik dieser Entwicklungen könnte das Gesicht des österreichischen Rundfunks nachhaltig verändern und die Debatte über die Unabhängigkeit der Medien in den Mittelpunkt rücken, wie auch die Warnungen der **krone.at** eindringlich belegen. Der Ball liegt nun bei der Regierung und den politischen Akteuren, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Krone, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.kleinezeitung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at